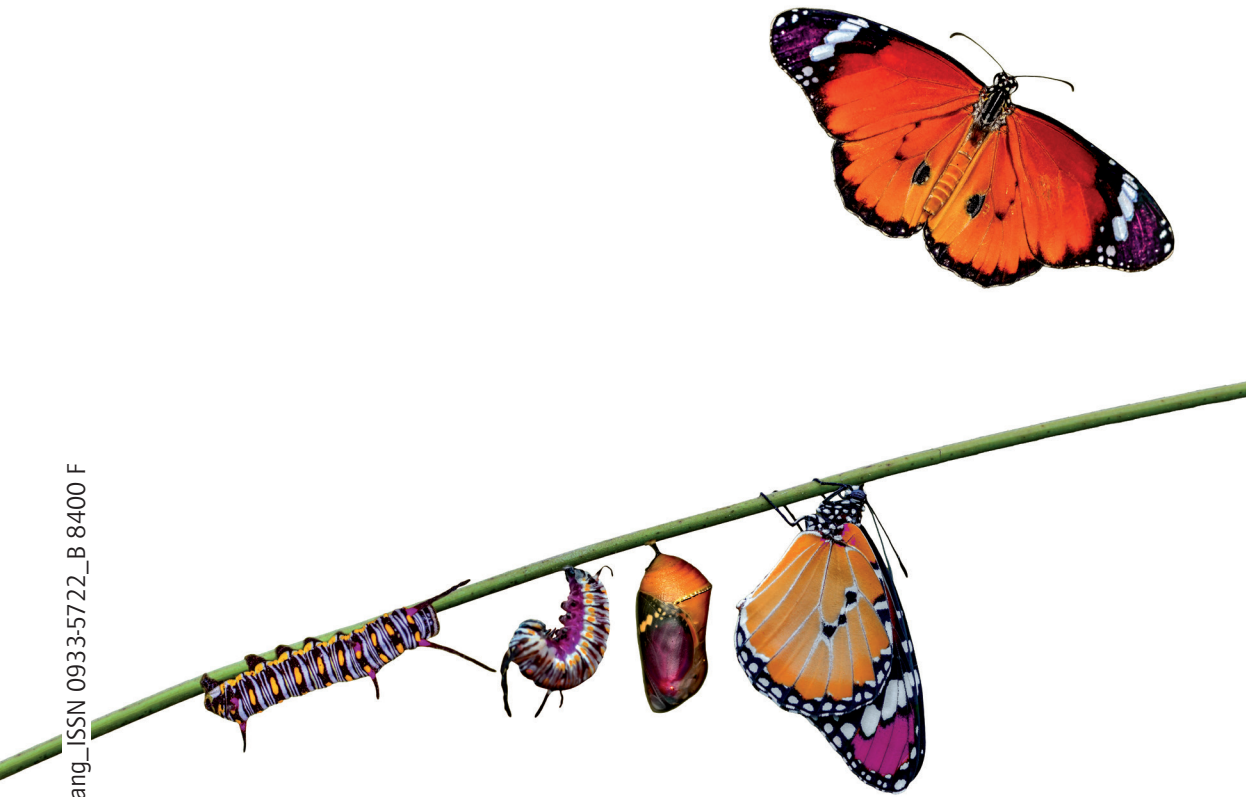


Resiliente Zukünfte

Mut zum Wandel



Inhaltsverzeichnis

herausgefordert

Einstiege 12

Zwischen den Zeitenwenden 17

Transformative Resilienz als Leitbild der Zukunftsgestaltung
Von Felix Beer und Stephan Rammler

strapaziert

Ohne Krise keine Resilienz 26

Widerstandsfähigkeit im Krisenkapitalismus
Von Stefanie Graefe

Was wäre, wenn? 33

Resilienz und Zukunftsforschung
Von Siegfried Behrendt, André Uhl und Ingo Kollosche

„Leute, wenn ihr anders lebt, dann geht's euch besser“ 39

Aufhören als Transformationsstrategie
Ein Interview mit Harald Welzer

störanfällig

- 44 Zusammen ein zukunftstaugliches Rezept**
Resilienz und Nachhaltigkeit im Klimaschutz
Von Ortwin Renn
- 49 Sinnvoll, aber verzwick**
Die Kopplung von Strom- und Verkehrssektor
Von Melanie Degel und Dirk Thomas
- 55 Robustheit ist gestaltbar**
Strategien für widerstandsfähige Verkehrssysteme
Von Anton Hofreiter
- 61 Ein schwieriger Balanceakt**
Vulnerabilität und Resilienz der digitalen Gesellschaft
Von Kerstin Fritzsche
- 67 Vielfalt macht resilient**
Die Widerstandsfähigkeit von Agrarsystemen
Von Felix Prinz zu Löwenstein

robust

- 74 Stabilität braucht Veränderung**
Resiliente Ökonomie
Von Tilman Santarius
- 82 Frei, fair und lebendig**
Commoning als Resilienzstrategie
Von Johannes Euler, Silke Helfrich und Annette Schlemm
- 89 Früher war alles schlechter**
Die Zukunft der Demokratie
Von Paulina Fröhlich

Impulse

Projekte und Konzepte 95

Medien 104

Spektrum Nachhaltigkeit

Revolution mit Schwächen 110

Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichts
Von Felix Ekardt

Noch lange kein Selbstläufer 114

Kommentar zum europäischen Klimaschutzgesetz
Von Tobias Haas und Felix Syrovatka

Eine Jahrhundertchance 118

Flächenrecycling als Schlüssel nachhaltiger Stadtentwicklung
Von Katharina Antonia Kühn

Der Protektionismus der Großen hält an 122

Dezentrale und demokratische Ansätze der Energiewende
Von Rosa Lehmann und Maria Backhouse

Ohne Fahrschein, bitte! 126

Plädoyer für die soziale Verkehrswende
Von Ruben Gradl

Für die gedeihliche Zusammenarbeit und die finanzielle Unterstützung danken wir dem IZT.

izt Institut für
Zukunftsstudien und
Technologiebewertung

Rubriken

Editorial 7

Inhalt 9

Impressum 128

Vorschau 129

Die Zukunft der Demokratie

Früher war alles schlechter

Viele Lösungen für aktuelle und kommende Probleme liegen längst auf dem Tisch. Sie fantasievoll so zusammenzufügen, dass schlüssige und lebensnahe Bilder entstehen von einer sozial gerechten Gesellschaft, die innerhalb der planetarischen Grenzen lebt, ist die eigentliche Herausforderung. Eine Zukunftsvision.

Von Paulina Fröhlich

— Stellen wir uns einen Tag im August des Jahres 2031 vor. Es ist ein besonderer Tag für mich, da ich heute, statt meiner üblichen Arbeit nachzugehen, eine Prägung beginne. Eine Prägung ist ein wechselseitiger Weiterbildungskurs, voll finanziert durch das Bildungsgrundeinkommen, das allen Bürger(inne)n zusteht. Das Besondere an diesen Kursen ist, dass sie individuell auf die Teilnehmenden zugeschnitten sind und uns über mehrere Monate begleiten, so dass das Gelernte im privaten oder Berufsalltag erprobt werden kann. Selten habe ich eine solche Lernkurve hingelegt, wie während dieser Kurse und nie kamen mir dabei Zweifel auf, was der vermittelte Stoff mit mir zu tun hat. Der Kurs prägt mich und ich präge den Kurs, denn meine Erwartungen, mein Lernfortschritt und meine Zufriedenheit werden anonym aufgenommen und zur Verbesserung des Modells genutzt. Mein Bruder hat durch diese Kurse sogar seine berufliche Laufbahn verändert. Vom Tontechniker ist er so zum Digitalassistenten im Krankenhaus geworden und liebt

seine neuen Aufgaben. Ohnehin ist es attraktiv, im Fürsorgesektor zu arbeiten. Die Menschen, die sich um das direkte Wohlergehen anderer Menschen kümmern, wie Erzieher, Pflegerinnen, Haushaltshilfen oder Jugendpaten, haben mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Art Verbeamtung in Aussicht. Sie nennt sich hier der „Zuspruchszweig“. Die Tochter einer Freundin zum Beispiel arbeitet in einer „Nahbarschaft“, die sich ganzheitlich um das Wohlergehen von Menschen einer Nachbarschaft kümmert. Da sind Menschen jeden Alters dabei. Einige davon haben eine Krankheit, andere eine körperliche oder geistige Einschränkung und wieder andere waren zuvor sehr einsam oder depressiv. Die Nahbarschaft hat verschiedene Angebote und ist Anlaufstelle für alle, die möchten: Für Großfamilien und Alleinstehende, sie bietet Freizeit-, Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, für Nicht-deutschsprachige, für Rentner(innen). Kurz nachdem die Tochter meiner Freundin ihre Ausbildung abgeschlossen hatte, wurde sie bereits in den Zuspruchszweig aufgenommen. Dieser bietet ihr eine Arbeitsplatzgarantie, Tariflöhne, Schulungen, feste Urlaubszeiten sowie eine Vielzahl an individuellen Möglichkeiten, wie einem Sport- und Gesundheitsprogramm oder einer zeitweisen Freistellung für ein Ehrenamt. Ich selbst schaue auch öfters bei der Nahbarschaft in meinem Kiez vorbei. Bei uns gibt es nämlich eine allgemeine Vertragsberatung, die mir schon etliche Male das Kleingedruckte erklärt hat.

Politische Beteiligung der Jugend

Außerdem gibt es alle paar Monate Informationsabende vom Wahlkreisrat. Meine alte Nachbarin ist in diesen Wahlkreisrat gelost worden. Sie trifft dort andere Bürger(innen) aus unserem Wahlkreis sowie unsere Abgeordneten. Sie beraten gemeinsam über Wünsche, Ziele und Ärgernisse. Wo soll die Straßenbahnstation hin? Welche Häuserwände werden begrünt? Welche gesundheitsfördernden Maßnahmen können wir vermehrt in unseren Kiez holen? Sie hat dem Ganzen vor zehn Jahren, als es losging, noch misstraut. Als sie aber selbst mal einen Brief bekam und ausgelost wurde, hat sich ihre Einstellung ziemlich geändert. Jetzt will sie mit mir ständig über passende Orte für Wasserspender und Bänke im öffentlichen Raum sprechen. In dem Rat sind Menschen ab 14 Jahren, obwohl erst ab dem 16. Lebensjahr auf jeder Ebene (vom Stadtrat bis zur Europawahl) gewählt werden darf.

Im Zuge der Klimakrise ist das Problem der konfliktären Zeitdimension unübersehbar geworden. Während die Demokratie lange Jahre die alte Bevölkerung bevorzugte, benachteiligt die Klimakrise die Jüngeren zusätzlich. Seit der letzten Bundestagswahl 2025 können nun endlich auch 16-Jährige wählen und jedes Gesetz des Bundes geht durch einen Klima-TÜV. Trotzdem sind die Stimmen der Jüngeren und somit ihre Belange noch arg unterrepräsentiert. Deshalb finde ich es sehr gut, dass zumindest in den Wahlkreisträten auch 14-Jährige ihre Stimme erheben.

Neue Erzählungen bringen konkrete Veränderungen

Heute Abend gehe ich auf eine Feier, die mitunter vom Deutschen Jugendrat ausgerichtet wird. Es ist der einjährige Kohleausstieg. Gefeierte werden zusammen mit den Niederlanden, die genau wie Deutschland 2030 ausgestiegen sind. Die meisten anderen Länder der EU sind bereits aus der Kohleförderung ausgestiegen. Ein Grund zur Freude unter anderen ist, dass die neue progressive Regierung in Polen ihr Ausstiegsdatum vorverlegt hat. Als größter Braunkohleförderer Europas hat das ein bedeutendes Gewicht. Der Weg dahin war schon beeindruckend. Das Dreiländereck bei Sachsen, Deutschland-Polen-Tschechien, hat die Zugpferd-Position eingenommen. Neben jahrelangen Beratungen zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft, ist endlich der langersehnte Narrativwechsel eingetreten. Das Wort Arbeitsplatzsicherheit im Zusammenhang mit Braunkohle zu nennen, wurde lächerlich. Versprechen, eine gesunde, soziale und damit auch wirklich sichere Zukunft zu bieten, wurden nur glaubwürdig, wenn es um Alternativen zur Braunkohle ging. Die großen, berechtigten Sorgen um einen fairen Lohn oder eine gute Rente konnten unmöglich mehr mit dem Festhalten am Altbekannten weggewischt werden. Das Geld, der Respekt und die Umwelt waren die drei entscheidenden Komponenten, die es zu ändern oder zu schützen galt.

Zu der Jahresfeier komme ich nach meinem Kurs ziemlich einfach mit der Bahn. In einer guten Stunde bin ich in der Nähe von Aachen an der deutsch-niederländischen Grenze. Überhaupt ist das Reisen stressfrei geworden. Meine Kinder haben mich neulich gefragt, ob ich „früher tausend Stunden nach Köln“ gebraucht hätte. Ohne sich wirklich für die Antwort zu interessieren, lachen sie dann johlend über ihren Früher-war-alles-schlechter-Witz.

Es ist ja nicht allein der Schienenausbau, der Wochenendausflüge angenehmer macht. Es ist überhaupt der staatliche Ausbau aller kritischen Infrastruktur. Nach der Corona-Pandemie vor zehn Jahren gab es ausreichend Akteure und Akteurinnen aus unterschiedlichen Interessensgruppen, die sich in einer starken Allianz verbanden und den konsequenten Ausbau und Anschluss aller Regionen an verschiedene Versorgungsnetze erstritten. Der Staat war in seiner demokratisch legitimierte Position für die Rahmensetzung und Bereitstellung verantwortlich, private Anbieter und auch zivilgesellschaftliche Organisationen konkurrieren dann um die Umsetzungsrechte. Ein Großteil meiner Freundinnen und Freunde lebt heute nicht mehr in Berlin. Gute Schulen, schnelles Internet, Kunst- und Kulturstätten, sowie mobile Anbindungsmöglichkeiten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gibt es fast überall. Nur in den Naturschutzgebieten natürlich nicht. Nur in den Naturschutzgebieten der ersten Kategorie natürlich nicht.

„ Im Zuge der Klimakrise ist das Problem der konfliktären Zeitdimension unübersehbar geworden. Während die Demokratie lange Jahre die alte Bevölkerung bevorteilte, benachteiligt die Klimakrise die Jüngeren zusätzlich. “

Ich wohne zwar mitten in einer Metropole, aber unser Stadtteil ist ein Naturschutzgebiet der dritten Kategorie. Eigentlich gibt es überall etwas Pflagens- und Schützenswertes, seien es nun Moore und Wälder oder Kanalufer und Dachgärten. Während in der ersten Kategorie ganzheitliche Gebiete mit Schutz- und Pflegeversprechen auf Jahrhunderte zu finden sind, so sind in der dritten Kategorie auch Konglomerate von punktuell schützenswerten Flächen zum Beispiel im urbanen Raum, die auf bestimmte Zeit gefördert werden und auf lokale Begrünungsziele einzahlen. Heute morgen noch habe ich unsere sieben Gemeinschaftshochbeete

im Hinterhof für die Liste der begrünten Flächen angemeldet. Es war unsere Hausmeisterin, die sich für den Aufbau der Hochbeete stark machte. Und sie hat am Ende alle überzeugt.

Endlich gerechte Löhne und Steuern

Während ich mich auf den Weg zu meinem Schreibkurs mache, höre ich im Radio, dass der Gini-Koeffizient, der die Einkommensungleichheit einer Gesellschaft vermisst, in Deutschland erneut gesunken ist. Tatsächlich hat sich einiges bewegt auf dem Feld der Lohn- und Sozialpolitik. Der Streit um den richtigen Weg war jedoch bitter. Von der Reichensteuer über angepasste Spitzensteuersätze, den Mindestlohn, die Vermeidung von Dumpinglöhnen durch Subunternehmen, eine Anhebung des Steuerfreibetrags, die Stattsicherung für ältere Arbeitslose, sowie die Verfolgung von Steuervermeidung: Jedes Instrument wurde emotionalisiert in der Öffentlichkeit diskutiert.

Während sich das Lohnverhältnis zwischen Spitzen- und Geringverdiener(inne)n zwar angeglichen hat, ist die Frage der Vermögensungleichheit prominenter denn je. Eine sogenannte „Verantwortungsvantgarde“ – vom Feuilleton als „bourgeoise Mut- und Machtprobe“ bezeichnet – gründete sich aus einer Gruppe europäischer Millionärinnen und Milliardäre. Dem Vorbild des internationalen Klimaclubs folgend, waren sie der Meinung, dass nicht auf jene zu warten sei, die das Notwendige nicht sehen wollten. Sie begannen daher selbstorganisiert hohe Abgaben zu leisten und sich mit ihrem Vermögen für zum Beispiel bezahlbaren Wohnraum einzusetzen. Während einerseits diese Initiative auf Begeisterung und Zuspruch stößt, entsteht andererseits die Frage der demokratischen Legitimation und Nachhaltigkeit. Der Klimaclub wurde immerhin von gewählten Regierungen auf der Grundlage eines Rechtssystems geschaffen. Ihre Ziele entsprachen jenen, die transparent für die Öffentlichkeit um das Pariser Klimaabkommen aus dem Jahre 2015 diskutiert worden waren. Der feste rechtliche Rahmen, die transparenten politischen Ziele und die Umsetzung durch demokratisch gewählte Repräsentant(inn)en – die bei schlechten Handlungen abgewählt werden können – fehlt um die Bemühungen der Verzichtsvantgarde, oder „L'avant-garde de la responsabilité“ wie sie in Frankreich heißen, bisher.

Ich bin nun am Kursgebäude angekommen, schließe mein Fahrrad an und muss grinsen. Direkt neben den Fahrradständern ist ein Wasserspender aufgebaut. Ich bediene mich dankbar und denke an meine alte Nachbarin. _____

Anmerkung

Jedes Jahr im Herbst veranstaltet Das Progressive Zentrum die europäische Zivilgesellschaftskonferenz "Innocracy", um mit diversen Menschen über die Zukunft der Demokratie zu diskutieren. Im vergangenen Jahr beschäftigten wir uns schwerpunktmäßig mit Visionen. Wir fragten nach ihrem Sinn und Zweck, nach Methoden des Imaginierens, nach schlüssigen Zukunftsbildern. Die Überwindung, die es kostet, konkret zu überlegen, wie es besser gehen könnte, spürt man vor allem bei dem Versuch, eine Zukunftserzählung auf das Papier zu bringen. Diesen Versuch habe ich hier unternommen und hoffe, dass er nicht bloß diskurs-, sondern vor allem fantasieanregend ist.



Wie lautet das Rezept für Ihren Resilienz-Booster:

DGB: Demokratie sagt was passiert, Geld geht dahin, wo es nicht ist, Bildung weckt auf und regt an.

ter Resource Management. Sie leitet den Programmbereich „Zukunft der Demokratie“ des Think Tanks Das Progressive Zentrum. Zuvor war sie als Mitbegründerin und Pressesprecherin bei der Initiative Kleiner Fünf tätig.

Kontakt

Paulina Fröhlich
Das Progressive Zentrum e.V.
E-Mail
paulina.froehlich@progressives-zentrum.org

Zur Autorin

Paulina Fröhlich, geb. 1991, studierte Geographie, Islamwissenschaft sowie Integrated Wa-